



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko

2019

Ein Jahr nach Beginn der Amtszeit des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador hat Amnesty International die Menschenrechtssituation in Mexiko evaluiert. Auch die neue Regierung scheint das Ausmaß der Gewalt im Land nicht in den Griff zu bekommen. Polizeigewalt, Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen und (sexualisierte) Folter in Gefängnissen sind weit verbreitet.

Im Zuge der Bekämpfung von Bandenkriminalität und Drogenkartellen hat sich die Menschenrechtssituation in Mexiko in den letzten 15 Jahren dramatisch verschlechtert. Zwischen den Jahren 2000 und 2014 wurden mehr als 80 000 Menschen ermordet. Da das Verteidigungsministerium seit 2014 keine Zahlen extralegalen Tötungen mehr registriert, gibt es derzeit keine zuverlässigen Zahlen hinsichtlich der Duldung oder Beteiligung an diesen Morden durch staatliche Sicherheitskräfte und Behörden. ([www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/mexico#1ff4dc](http://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/mexico#1ff4dc))

Im Dezember 2019 gaben die Bundesbehörden bekannt, dass 61.637 Menschen verschwunden sind. Polizei und Militär sind in vielen Fällen für schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Verschwindenlassen direkt verantwortlich. In anderen Fällen fungieren staatliche Vertreter/innen als Drahtzieher oder dulden die Straftaten. Aufgrund der strukturellen Straflosigkeit, deren Rate bei über 95 Prozent liegt, bleiben die Täter/innen fast immer unbestraft. ([www.amnesty.org/en/countries/americas/mexico/report-mexico/](http://www.amnesty.org/en/countries/americas/mexico/report-mexico/))

Stellvertretend für die zahlreichen Fälle willkürlicher Verhaftungen und Anwendung von Polizeigewalt steht der Fall von José Adrian. Der damals 14-jährige Schüler aus dem Bundesstaat Yucatán wurde im Jahr 2016 ohne Grundlage festgenommen und auf der Polizeiwache gefoltert. Er wurde an Handschellen aufgehängt und geschlagen. Erst nachdem seine Eltern eine Geldstrafe für einen vermeintlichen Schaden gezahlt hatten, den José Adrian nicht verursacht hatte, wurde er entlassen. Amnesty International setzte sich beim Briefmarathon 2019 für die Strafverfolgung der Täter/innen und die Entschädigung des Schülers für seine erlittene Folter ein.

Besonders gefährdet, Opfer von Gewalt zu werden, sind auch Landrechts- und Umweltverteidiger/innen, Menschenrechtsverteidiger/innen, sowie Journalist/innen. Aufgrund ihres Einsatzes für die Menschen-, Arbeits-, Umwelt- und Landrechte sind sie

einem hohen Risiko ausgesetzt, Opfer von Folter, Misshandlung, Verschwindenlassen und Ermordung zu werden. Im Jahr 2019 dokumentierte das *Centro Mexicano de Derecho Ambiental* 21 Mordanschläge auf Landverteidiger/innen. Im Oktober 2018 wurde der Umweltaktivist Julián Carillo erschossen. Er hatte sich für die Rechte der indigenen Rarámuri in der Region Coloradas de la Virgin (Chihuahua) eingesetzt. Am 20. Februar wurde der Umweltschützer Samir Flores Soberanes vor seinem Haus in Amilcingo im Bundesstaat Morelos erschossen. Wegen seines Engagements hatte er bereits zuvor mehrere Morddrohungen erhalten: Als Mitglied der Umweltschutzorganisation *Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra y del Agua de Morelos* setzte er sich gegen den Bau eines Wärmekraftwerks und der dazu gehörigen Gaspipeline ein.

Im Oktober 2019 forderte Kumi Naidoo, der damalige Generalsekretär von Amnesty International, die unabhängige Untersuchung und Strafverfolgung der Tötungen sowie weiterer 12 bestätigter Mordanschläge auf Landrechtsverteidiger/innen innerhalb der ersten neun Monate des Jahres 2019. Zwei mutmaßliche Täter sind inzwischen wegen der Ermordung von Julián Carillo angeklagt worden.

Zudem wird regelmäßig von Polizeigewalt gegen Demonstrant/innen berichtet, die sich für soziale- und bürgerliche Rechte einsetzen, so zum Beispiel im Juni 2019, als Demonstranten gegen Fahrpreiserhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel auf die Straße gingen.

Mit Beginn der Amtszeit richtete die mexikanische Regierung eine Nationalgarde ein, die trotz der engen Verstrickungen der Armee mit dem Organisierten Verbrechen unter Leitung hochrangiger Militärs steht. Bislang gibt es keine unabhängigen Mechanismen zur Kontrolle der Nationalgarde oder auch der Polizei. Zudem ermöglicht das Gesetz, welches den Einsatz der Nationalgarde reguliert, mit Gewalt gegen Demonstrant/innen vorzugehen, deren Anliegen keinen „legitimen Zweck“ („objeto lícito“) verfolgten.